

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Februar 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 24

**Neubestellungen** auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig + Bezugspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich + Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

### Der „Korr.“ als Blihableiter

Als besonderes charakteristisches Zeichen zunehmender sozialpolitischer Kurzsichtigkeit in führenden Kreisen des Deutschen Buchdruckervereins (als ausschließlicher Interessenvertreter der Prinzipalität im Tarifausschusse) kann unbestreitbar die Tatsache bezeichnet werden, daß deren Sprecher im Verlaufe der letzten Tarifausschlußfrage nicht weniger als dreimal den Versuch riskierten, den „Korr.“ als Sündenbock für ihre reaktionäre Haltung verantwortlich zu machen. Schon am zweiten Verhandlungstage glaubte ein maßgebender Redner der Prinzipalität die durch die sachlichen Darlegungen der Gehilfenvertreter stark entkräfteten Prinzipalsargumente gegen die Bewilligung einer neuen Erwerbszulage in schicklicher Verlegenheit u. a. auch damit zu „stützen“:

„daß der „Korr.“ Schuld daran trage, der nach Ansicht der Prinzipalität von Anfang an geheilt und geschürt habe. Dieses Vorgehen sei nicht ermunternd für irgendwelche neue Ermahnungen. Früher sei man im Buchdruckerwesen stolz gewesen auf Einhaltung abgeschlossener Vereinbarungen; es mag möglich sein, daß, wenn es heute anders wäre, auch die Prinzipalität Schuld daran trüge. Aber die Haltung des „Korr.“ sei nicht angehen gelassen, die hiermit die Verhandlungen zu regeln.“

Soweit der Wortlaut des Beschlussesprotokolls auf Seite 5 in Nr. 19. Wir haben in unfern Aufzeichnungen noch vermerkt, daß der Prinzipalsredner gleichzeitig auf die angeblich musterhafte Haltung der „Zeitschrift“ hinwies, die zu solchen Klagen doch keinen Anlaß gegeben habe.

Wir sind dem prinzipalsseitigen Ankläger des „Korr.“ dankbar, daß er uns durch seine Ausführungen Gelegenheit gegeben hat, an dieser Stelle unsere Ansicht über den Stand der Dinge bezüglich der Haltung unres Verbandsorgans gegenüber der Prinzipalität einmal etwas ausführlicher und deutlicher zu präzisieren. Denn gerade in Hinblick auf die immer schärfere Zuspitzung der gewerblichen Verhältnisse im allgemeinen und der tariflichen Beziehungen im besondern kann eine solche Auseinandersetzung hüten wie drüben nur aufklärend wirken. Wir nehmen daher die Gelegenheit beim Schopf, indem wir nachstehend offen zum Ausdruck bringen, was wir schon längst gern einmal in zusammenhängender Form über dieses Schema gelagt hätten.

Nehmen wir den „wohlgemeinten“ Hinweis des Prinzipalsredners auf die musterhafte Haltung der „Zeitschrift“ zur Einleitung unserer Erwiderung, so geben wir gern zu, daß wir uns ebenfalls einer gemäßigten Haltung befleißigen könnten, wenn die tatsächlichen Verhältnisse für unsre Leser auf Gehilfenseite ebenso erträglich liegen würden, wie für die Leser der „Zeitschrift“ auf Prinzipalsseite. Aber da liegt ja gerade der Hund begraben. Die Lage der Gehilfenchaft ist eben in Wirklichkeit nicht so, daß wir uns so in Stillschweigen hüllen können, wie dies der „Zeitschrift“ in den letzten Monaten ohne besondere Vorbehalte möglich war. Und wenn deren Schrifteleitung in ihrer Nummer 7 (nach der Tarifausschlußfrage) anerkennt, daß die im „Korr.“ zutage getretene Polemik durch die erregte Stimmung in der Gehilfenchaft entzündet sei, so deutet sich das hinumgedrückt auch mit unrer Auffassung bezüglich der Haltung des Prinzipalsorgans, die sich in ihrer übermäßigen Behaulichkeit jedenfalls nur auf eine weitgehende Zurechenbarkeit ihrer Leser in Prinzipalskreisen mit der gewerblichen Lage stützen dürfte. Zurückweisen müssen wir aber, daß wir nicht zugegeben hätten, daß bezüglich der Einberufungsentscheidung des Tarifausschusses durch das Tarifamt bereit seit 25 Jahren im Tarif eine Lücke vorhanden gewesen sei, die erst durch die Ereignisse im Tarifamt entdeckt wurde. Diese Frage wurde im „Korr.“ schon mehrmals erörtert und ausdrücklich festgestellt, daß es dem

Deutschen Buchdruckervereine vorbehalten blieb, diese Lücke nach 25 Jahren erst fühlbar zu machen, indem er sie sich gegen Treu und Glauben zunutze machte, um die rechtzeitige und frühere Einberufung der letzten Tarifausschlußfrage zunächst zu verhindern und schließlich ganz erheblich zu verzögern. Wenn nun das amtliche Organ des Deutschen Buchdruckervereins hinter dieser früheren tarifgesetzlichen Lücke die Haltung des Deutschen Buchdruckervereins bemängeln will, so mag das einseitig naiven Menschen imponieren, rechtlich denkende Männer sollten es aber ablehnen, auf solchen juristischen Krücken den Grundsat von Treu und Glauben stützen zu wollen. Soviel zur sogenannten Rechtslage.

Damit im Zusammenhange steht auch die Behauptung eines Prinzipalsredners im Tarifausschusse, wonach der „Korr.“ von Anfang an geheilt und geschürt habe. Es sind zwar im Plenum des Tarifausschusses diese Vorwürfe mit aller Entschiedenheit von Gehilfenseite zurückgewiesen worden. Wir haben daher auch gar nicht nötig, diese Anklage noch besonders auf ihre Berechtigung zu prüfen. Uns lockt vielmehr der prinzipielle Hintergrund dieses Mißstandes auf die Meinungsfreiheit des „Korr.“ zu einer entsprechenden Beleuchtung. Der öffentliche Vorstoß von Prinzipalsseite gegen das Recht der freien Meinungsäußerung der Gehilfenchaft einschließlich der Redaktion im „Korr.“ ist nämlich kein plötzlicher Einfall in einer gleich unhaltbar gewordenen Stellung der Interessengruppe auf Prinzipalsseite, sondern die Frucht einer schon seit vielen Jahren auf Unternehmensebene vorhandenen psychologisch erklärlichen Abneigung gegen den Einfluß der öffentlichen Meinung in Arbeits- und Lohnfragen überhaupt. In der Geschichte der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker bildet die Behandlung bzw. prinzipalsseitig gewünschte Beschränkung der freien Meinung und der öffentlichen Kritik durch das Organ der Gehilfenchaft und dessen Schrifteleitung von jeher ein dunkles Kapitel. Und wir kennen Prinzipalsvertreter, die beinahe jedesmal eine Gänsehaut bekommen, wenn sie den „Korr.“ oder gar einen seiner Redakteure irgendwo zu Gesicht bekommen. Sie werden weit mehr als notwendiges Übel, fast als gleichberechtigte Mitarbeiter in den meisten Fragen beurteilt. Nur verantwortungsbewusster Gehilfenseite haben wir erfreulicherweise solche Tendenzen noch nicht wahrgenommen. Trotzdem sind wir uns im Laufe der Jahre doch schon oft bewußt geworden, daß diese prinzipalsseitige Antipathie uns ein offenes, unabhängiges Eintreten für die Gehilfeninteressen sehr erschwerte, und daß wir insgesam weit mehr als irgendein Gehilfenvertreter zur Zielscheibe persönlicher und unfaßlicher Kritik geworden sind. Die „Korr.“-Debatten auf den meisten Generalversammlungen unres Verbandes sprechen in dieser Hinsicht mehr buchstäblich als nur bildlich ganze Bände. Wir verzichten darauf, aus der Vergangenheit Einzelheiten nach dieser Richtung herauszugreifen, da die Liste der diesbezüglichen „Redakteursfreunden“ beinahe unerträglich ist. Es gibt hier „Unfallgefahren“, für die keine Berufsgenossenschaft irgendeine Haftung übernehmen kann, weil deren Ursachen oft zu verwickelt und deren Folgen meist subjektiver Natur sind, für die es kein andres Heilmittel gibt als das Bewußtsein, seine Pflicht nach besten Kräften getan zu haben.

Weit über den kleinen Personenkreis der Redaktion, ihrer ständigen oder gelegentlichen Mitarbeiter hinaus reicht aber der tiefere Sinn und Zweck der neueren Anebnungsversuche der Meinungsfreiheit im „Korr.“ von Prinzipalsseite. Bei Nichte betrachtet handelt es sich um einen nicht minder persönlich fundierten, als faktisch wohlberechtigten Anschlag auf die Freiheit der Gewerkschaftspresse durch reaktionäre, im Schicksalsspiel sogenannter Umstandsbegriffe verhüllte privatkapitalistische Unternehmensinteressen. Es sind Weiterzeichen neuerzeitlicher Mundtotmachung der Arbeiterpressen, die in die Spuren vornovemberlicher oder auch vormärzlicher Unternehmerautorität einschwenken möchte. Dazu soll das Mittel der Verdächtigung der Gewerkschaftspresse bei ihren eigenen Lesern in erster Linie dienen. Da es zur Zeit noch an Staatsanwälten fehlt, die

wie unter der Ara des längst entlassenen Sozialistengesetzes solchen Unternehmerwinten gehorchen mußten, versucht man es heute durch Reden zum Fenster hinaus an die große Masse der Arbeiterkhal selbst, indem man den Anschein zu erwecken sucht, als bedürfe es in unrem Falle nur eines Maulkorbes für den „Korr.“, und die Prinzipalität hätte wahrscheinlich nicht nur die von den Gehilfenvertretern geforderten 35 Mk. glatt bewilligt, sondern auch noch der Lösung der Lokalzuschlagsfrage im Sandumdrehen ganz im Sinne der Gehilfenchaft mit Sandbuck zugestimmt. Man weiß da wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Naivität dieser „Korr.“-Schellerbaumenmänner oder ihre Spekulation auf etwaige Unzulänglichkeit der Gehilfenchaft! Es fällt uns wirklich schwer, diese Leipziger Säubungsweg-Diplomate mit dem gleichen Ernste zu behandeln, wie sie in der Gutsenbergalle am 8. Februar d. J. von der andern Seite des Hauses zum besten gegeben wurde. Wir wollen es trotzdem riskieren, und zwar im Hinblick auf ihre weiteren Konsequenzen.

Wir Buchdrucker haben es im allgemeinen von jeher als eine berufliche Ehrensache betrachtet, daß im Interesse des Gewerbes alles geleht und gedruckt werden sollte, was bezahlt wird, wie es sich gebührt. Wir haben bisher in dieser Hinsicht auch dort keine Grenze gezogen, wo sich das gedruckte Wort gegen unreif eignen Berufs- und Lebensinteressen wendete. Wir waren von jeher gewerblich tolerant bis auf die Knochen. Zwar fehlte es zu allen Zeiten nie an einzelnen Stimmen, die einer solchen beruflichen Selbstzensur sehr unympathisch gegenüberstanden und den Buchdruckern zumulerten, nur das zu sagen und zu drucken, was ihnen oder den Arbeiterkhalissen überhaupt dienlich sei. Da dieser Standpunkt, wenn auch in andern Sinne, mit mehr oder weniger Nachdruck von jeher von berufsfremden Seiten teils passiv, teils aktiv begünstigt wurde, sei es durch preßgesetzliche reguläre oder irreguläre Vorschriften von Behörden, staatlichen, kirchlichen oder politischen (neuerdings stärker auch von privatkapitalistischen) Gewalthabern, so waren es doch immer in der Regel noch keine Buchdrucker, die die Kunst Gutsenbergs verknüppeln wollten. Daß in den letzten Monaten einige parteipolitische Selbsthorne unter den Buchdruckern kommunikativer Färbung mit dem gleichen Mittel die Alleinherrschaft ihrer Ideen erzwingen wollten und noch wollen, war und ist zwar nicht besser, aber ebeno unelustig und mit dem bisherigen neutralen Buchdruckerstandpunkt in solchen Dingen nicht zu vereinbaren. Nachdem aber nun von maßgebender Seite des Deutschen Buchdruckervereins das Postulat der Meinungsfreiheit in den Fachorganen der Buchdrucker selbst in derartiger Weise zum Streitpunkte sozialer Gegenstände gemacht wurde, glauben auch wir nicht mehr, dieses Postulat mit jenem Nachdruck verteidigen zu können, wie es bisher von höheren Gesichtspunkten im wohlverstandenen Interesse des Buchdruckerwerbes zu beurteilen war. Wir bedauern das, weil es dem Gewerbe niemals zum Segen gereichen kann. Wir erwarten daher, daß man uns entgegenhalten wird, so war das ja gar nicht gemeint. Der Buchdrucker soll immer noch sehen und drucken, was ihm ohne Verstoß gegen die öffentlichen Gesetze möglich ist; so dürfte das Echo auf unsre vorstehende Feststellung von Prinzipalsseite her klingen. Das mag sein; aber wenn der „Korr.“ nicht mehr veröffentlicht sein soll, was den Prinzipalen unangenehm in die Ohren klingt, so kann das auch nicht mehr geleht und gedruckt werden. Und es ist nicht einzusehen, warum das nicht auch für die übrige Gewerkschafts- oder Arbeiterpresse gelten sollte! Oder soll nur das Gewerkschaftsorgan der Buchdrucker einen solchen Maulkorb erhalten, der ihm verbleibt, die Wahrheit und die Menschenrechte seiner Leser zu vertreten? Und wie steht es mit der Unternehmerpresse? Soll auch diese alles im Einklang lassen oder in die Papierkörbe werfen, was der Wahrheit zuwider und was der Arbeiterkhal unangenehm in den Ohren klingt? Fürwahr, dieser Sieb gegen die Meinungsfreiheit des „Korr.“ von Prinzipalsseite löst geradezu grobartige Perspektiven für das deutsche Buchdruckerwerbe aus! Und es ist nur gut, daß dieser

Dolchstoß in den Rücken der Dreifaltigkeit nicht von Gehilfenleite ausging, sondern von Prinzipalsseite. Den Szenenabfall möchten wir leben, der losgegangen wäre, wenn ein solcher Stieb von Gehilfenleite erfolgt wäre. Die ganze Dolchstraße (Zuggewerbehaus) in Leipzig, einschließlich etlicher hundert Privatkontore allgemeiner Buchdruckerereinstellungen, würden voller Entrüstung kloben, wenn wir den Grundsatz verfochten hätten, daß die Meinung der Fachpresse sich in Zukunft der Auffassung ihrer Gegner anzupassen hätte.

Wir sind weder so boshalt noch so beschränkt, die „andere Seite des Hauses“ der Tarifgemeinschaft ob dieser mehr kurzschäftigen als hüben Abwehr unbequemer Kritik zu beglückwünschen. Aber wir glauben es doch der Buchdruckerwelt schuldig zu sein, auf die Konsequenzen solcher unsachlichen Abwehrmethoden maßgebender Führer des Deutschen Buchdruckerereinstellungs aufmerksam zu machen. Damit sie nicht, was gemeint wird. Wir sind nicht so eingebildet, zu glauben, daß es den Angreifern gegen den „Korr.“ im Prinzipalslager nur um den Schlap des einen oder andern Redakteurs oder Mitarbeiters am „Korr.“ zu tun ist; sondern wir erblicken darin ein deutliches Bekenntnis, das da lautet: „Die ganze Richtung paßt uns nicht!“ Und das ist des Pudels Kern, der hinter der ganzen Madelichpolitik gegen den „Korr.“ auf Prinzipalsseite schon seit Jahrzehnten steckt. Einmal ist es der Ton, das andermal die Tendenz, dann wieder die Taktik, einmal unreife deutliche Fratzen, dann wieder sogar unser Schweigen, die beim Deutschen Buchdruckerereinstellung allerhand Liebesswürdigkeiten teils hinter den Kulissen, teils öffentlich gegen uns ausüben. Immer aber zielt sich wie ein roter Faden durch dieses Kesselfreiben die Auffassung, daß der „Korr.“ der Urheber aller Zwietracht, aller Unruhe im Gewerbe sei. Wäre der „Korr.“ nicht, dann wären Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe ein Herz und eine Seele; also in die Wollschlucht mit dem Scheinfall Das war schon unter Sierl, Galtz und Reghäuser so und ist jetzt eher schlimmer statt besser geworden, und zwar schrittballend mit der Zulipung der sozialen Gegensätze trotz Tarifgemeinschaft. Daß es auch Prinzipale gibt, und zwar nicht wenige, die in dieser Hinsicht objektiver denken, die eine offene und deutliche Kritik gewerblicher Mißstände durch das Gehilfenorgan als notwendig und berechtigt anerkennen, wissen wir zwar auch; aber sie sind nicht die Führer der Prinzipalsität. Und belanabe könnte es scheinen, als ob gerade ihr soziales Verhältniß sie dazu nicht befähigt. Und das ist das Schlimme, das Bedenkliche an der ganzen Sache.

Mit welchen Mitteln in dieser Hinsicht seitens des Deutschen Buchdruckerereinstellungs gegenüber dem „Korr.“ gearbeitet wird, zeigen am deutlichsten die weiteren Angriffe auf das Verbandsorgan am letzten Tage der hinter uns liegenden Tarifauschubstung. Aus dem Beschlußprotokoll (Seite 7 in Nr. 19) ist zu erleben, daß die Veröffentlichung des Schiedspruchs vom Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums durch den „Korr.“ (Nr. 18) den Prinzipalsvertretern einen Vorwand geboten haben soll, sich von der Zustimmung zu der streitigen Kommissionsvorlage zu drücken. Die Kommissionsvorlage sah bekanntlich für die höchste Lokalausschlagskasselle einen um 15 Mk. höheren Betrag der Wirtschaftsbillette vor. In voriger Nummer haben wir in unserm Rückblick auf den Abschluß und die Konsequenzen der Tarifauschubstung dagegen schon festgestellt, daß infolge der Verlängerung des Gültigkeitstermins bis zum 15. Mai die Wirtschaftsbillette der oberen Stufe nach den Grundlagen des Schiedspruchs um 15 Mk. höher hätte sein sollen, als es die Kommissionsvorlage vorschlag. Daß die Gehilfenchaft der betreffenden Orte diesen „Rechenfehler“ ohne größere mathematische Beweise sofort entdeckt hätte, kann keinem Zweifel unterliegen; ja, es wurde dieser Umstand, der nicht auf das Konto der betreffenden Gehilfenkommissionsmitglieder zu setzen ist, in einer diesbezüglichen Sonderberatung der Gehilfenvertreter auch sofort festgestellt und wiederholt die Juridizidatierung der Gültigkeitsdauer der Kommissionsvorlage auf den 1. Mai (statt 15. Mai) von allen Seiten gefordert. Die Vorpiegung der Lächerlichkeit wegen Überschreitung der Gültigkeitstermins auf Prinzipalsseite war also mindestens ein Irrtum. Als abschließliche Dipierung der Gehilfenchaft muß es aber bezeichnet werden, daß die vorzeitige Veröffentlichung des Schiedspruchs durch den „Korr.“ draußen im Lande verwirrend gewirkt hätte. Denn der Schiedspruch wurde im „Korr.“ in Nr. 18 veröffentlicht, die außerhalb Leipzigs erst am 12. Februar durch die Post zur Ausgabe gelangte. Die entscheidenden Bestimmungen über die Kommissionsvorlage fanden aber in Leipzig schon am 11. Februar statt. Und der Prinzipalsredner, der die ablehnende Haltung am Schluß dieses Tages begründete, hätte es doch lieber nicht ergehen lassen, die Veröffentlichung des Schiedspruchs im „Korr.“ auch schon bei dieser Gelegenheit als erschwerend ins Feld zu führen, wenn einer Umstand tatsächlich für die ablehnende Haltung der Prinzipale ausschlaggebend gewesen wäre. Er tat es aber nicht, weil er noch gar nicht daran dachte. Diese Erklärung kam erst über Nacht (vom 11. bis 12.)

und bildete in der Hitze der kolossalen Verlegenheit der Prinzipalsvertreter angesichts der kritischen Situation am Morgen des 12. Februar lediglich eine nicht gerade mannhaftige Ausrede. Aber der Zweck dieser Abung war, dem verhassten „Korr.“ noch eins auszuwischen, um das prinzipalsseitige freudlose Spiel mit dem gewerblichen Frieden zu bemänteln. Der Sprecher der gehilfenchaftlichen Organisationsvertreter hat laut Beschlußprotokoll diese Sachlage auch sofort deutlich gekennzeichnet und damit das durchsichtige Manöver der Prinzipalsvertreter durchkreuzt.

Dieser Vorgang ist ein klassisches Schulbeispiel dafür, mit welchen Mitteln auf Prinzipalsseite gearbeitet wird, um zwischen die Gehilfenchaft und den „Korr.“ einen Keil zu treiben. Er beweist aber auch, mit welchen Schwierigkeiten die Redaktion bei der Verlesung der Gehilfeninteressen zu rechnen hat. In Fallstricken und Sperreuer ähnlicher Art hat es noch nie gefehlt. Nur selten aber sind wir in der Lage, die Leser des „Korr.“ von solchen Dingen unterrichten zu können, weil die Drabstgeber hinter den Kulissen meist nicht so ehrlich sind, offen Farbe zu bekennen. Und so wie uns ergibt es meistens auch den Gehilfenvertretern. Es ist dieselbe Taktik, die in Tausenden von Fällen schon von einzelnen Geschäftsleitungen angewandt wurde, um die Vertrauensmänner oder Betriebsratsmitglieder einzelner Personale in Mißacht bei ihren Kollegen zu bringen: Nicht jeder Kollege erkennt sofort die Schliche, die dahinter stecken, wenn er unter dem Schimmer eines sogenannten persönlichen Vertrauens über dieses oder jenes hinter dem Rücken des Vertrauensmannes unter „vier Augen“ im Kontor oder sonstwie von Prinzipalsseite oder dieser nabehenden Persönlichkeiten interpelliert wird. Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege kommen dann die „Schlaglichter“ zustande, mit denen die Prinzipalsität und deren Führer bei wichtigen Verhandlungen im Interesse der Allgemeinheit hellstellen zu können glauben, daß die Gehilfen in der Regel von den Forderungen der Vertrauensmänner, der Gehilfenvertreter usw. „gar nichts wissen wollen“ und ganz zufrieden sein würden, wenn z. B. der „Korr.“ nicht wäre, der von Anfang „geheißt und geküßt“ hat. In dieser Hinsicht erstirbt in Wirklichkeit hinter den Masken bieder-männlicher Sozialpolitik oft ein moralischer Sumpf, der wie schleimendes Gift die gewerkschaftlichen Arbeiterkreise zu zerlehen sucht. Ein gefährlicher, weil unsichtbarer Feind der Arbeiterchaft, der ihren Führern oft auf Schritt und Tritt in den Rücken zu fallen droht, und leider infolge großer Ehrlichkeit und Vertrauensseligkeit vieler Arbeiter ohne deren Willen immer noch viel zu viel Injektionsstellen findet: Kommen dann solche Sumpfgelüste in unserm Gewerbe zur Entladung, dann muß letzten Endes der „Korr.“ als Abstiegleiter dienen.

Einmal blüht es von links, dann von rechts. In der Mitte dieses Kreuzfeuers steht der „Korr.“ seit den ersten Tagen seines Bestehens und wird auch fernerhin allen Weltlern trotzen, und zwar um so zuverlässiger und wirksamer, je tiefer sein Untergrund ist: Das Vertrauen der Kollegenchaft. Das ist der Fels, auf dem das Verbandsorgan stehen muß und um so fester stehen kann, je gerechter und besonnener alle, die uns helfen und stützen wollen, daran denken, daß der „Korr.“ lediglich das Sprachrohr der Gehilfenchaft bilden soll, aus dem die Verhältnisse und Ansichten der Kollegen am Fassen wie an den Maschinen in möglichst naturgetreuer Wiedergabe herauszuklingen sollen. Das erfordert, daß sowohl die Redaktion wie alle Berichterstatter und Einfasender von Stimmungs-bildern über diese oder jene Streitfrage stets daran denken müssen, die Verhältnisse so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit sind, und daß auch alle subjektiven Auffassungen eine Darstellung erhalten, die den Tatsachen entspricht. Vor allen Dingen ist dabei nie zu vergessen, daß alle öffentliche Kritik um so wirksamer ist, je weniger der kritisierte Teil sich nachher darauf berufen kann, daß in der Kritik weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Für die Redaktion bildet diese Notwendigkeit von jeher eine sehr schwierige Aufgabe, weil sie stets mehr als jeder gelegentliche Einfasender die Interessen der Gesamtheit der Kollegenchaft im Auge behalten muß, was nicht selten eine Zurückhaltung und noch öfter wesentliche Korrekturen oder Streichungen allzu exponierter Ansichtsäußerungen bedingt, die in der großen Masse der Kollegenchaft nur Widerspruch mit nachfolgenden Organisationsdifferenzen zeitigen würden.

Daß der „Korr.“ trotz dieser gewissenhaften Sichtung und Verarbeitung vieler für die Gehilfenchaft und das Gewerbe wichtigen Zeit- und Streitfragen nicht die Synopse der Prinzipalsität findet, ist lediglich ein Beweis der sozialen Gegensätze zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft in unserm Gewerbe, die auch durch die Tarifgemeinschaft nicht überbrückt werden können. Je enger die Prinzipalsität den Begriff der Tarifgemeinschaft ziehen will und sie dadurch in immer schärferen Gegensatz zu den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gehilfenchaft bringt, desto entschiedener muß der „Korr.“ diesen reaktionären Tendenzen entgegenstreben, weil die Tarifgemeinschaft nur ein Mittel zur Erreichung geziel-

licher Berufs- und Lebensverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe und nicht das Ziel selbst sein kann. Tarifliche Arbeits- und Lohnangelegenheiten sind immer nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Wird ihr Rahmen gegenüber der Prognis des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu eng gehalten, so geht eben das Leben in naturgehehlicher Entwicklung über diese Fesseln hinweg und sprengt sie schließlich, wenn sie nicht zeit- und fortschrittsgemäß angepaßt werden. Diesem auf- und vorwärtsdrängenden Kulturfaktor alles menschlichen Lebens hat auch der „Korr.“ zu dienen. Zu diesem Zweck haben wir uns ein Verbandsorgan geschaffen; und es ließe das Grundprinzip aller menschlichen und beruflichen Organisation verleugnen, wenn wir den „Korr.“ zu einem Instrumente des Willens unserer Gegner auf dieser Bahn degradieren wollten!

## Die öffentlichen Steuern und unsere Not

Der Artikel Ripani (Dresden) in Nr. 148 v. J. über „Die öffentlichen Steuern“ gab mir den (vielleicht nötigen) Anstoß, diese schon längere Zeit vorliegenden Seiten zu vollenden.

Die „neue Steuer“ — die hat es uns angefallen! Sie schredte den deutschen Michel vielleicht mehr auf als alles Vorangegangene; ralfos war alles: Die Raffigkeit wurde aber nicht gemindert durch „Verbesserungen“, „Erleichterungen“ und wie die schönen Worte alle heißen. (Sie wird auch nicht beboben, durch das passive Verhalten der Arbeiterpartei einschließlich Gewerkschaften.) Man war redlich bemüht, auch hier „die Vereinfachung der Verwaltung“ nicht durchzuführen und dem Arbeiter als Steuerzahler die angelegte Baumnenschraube nicht zu lockern.

Was nun? Ist es recht, daß man die Steuer vom Lohn abzieht? Ja, recht, und wenn ein erträgliches Abzug gemacht wird, auch gerecht! Auch wir Arbeiter müssen ein Interesse daran haben, daß jeder Volksgenosse nach seinen Kräften herangezogen wird; wir müssen lernen ein Interesse daran haben, daß es unmöglich gemacht wird, jahrelang „anfällig“ zu sein, ohne einen Pfennig Steuer zu zahlen. Nicht gerecht aber ist der unerhörte hohe Abzug von mit den geistigen oder körperlichen, überhaupt physisch-manuellen Kräften verdientem Lohn, von dem Einkommen, das nach Ansicht und Erfahrungen aller kaum ausreicht, das nackte Leben zu fristen; ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, Kleider, Schuhe, Wäsche aller Art und sonstige Bedarfsartikel und Gebrauchsgegenstände zu erhalten bzw. zu ersetzen.

Man höre endlich auf mit dieser Steuerermacherei und schaffe einfache und klare, in erster Linie erträgliche Formen dafür. Man höre auch endlich einmal auf mit all den schönen Worten und lasse bessere (nicht „höhere“) Taten folgen.

Es genügt nicht, wie der Artikel von Ripani meint, permanent 10 Proz. abzuziehen zu lassen und dann Schluss; nein, es gibt nur eine rettende Übung und die muß heißen: Auf alle Fälle muß die Steuer „herunter“ von dieser Höhe, und anderseits müssen Mittel und Wege gefunden werden, die wirklich Steuerpflichtigen und -fähigen rückwärtslos herauszugeben. Steuer ist genügend, wirklich genügend bereinzubekommen, aber — nicht von den Arbeitern. (Freilich, so einfach und so bequem nicht als bei diesen.) Geld ist genug, wirklich in Überflus vorhanden, aber — nicht bei den Arbeitern. (Erf dieser Tage erklärte ein niederbayerischer Bauer seinen Verammlungsleitnehmern: „... Bauern, wir schwimmen gegenwärtig im Geld; es kann uns aber wieder schlecht gehen, wenn wir uns nicht zusammenschließen und trachten, unsere Produkte sehr teuer zu verkaufen, und das, was wir brauchen, so billig als möglich einzukaufen.“)

Man müßte doch keinen Tropfen warmen Blutes mehr in den Adern haben, wenn man solche Steuer„macherei“ nicht als billeres Unrecht empfindet. Man denke nur an die ab und zu in Arbeiterblättern (neulich auch im „Korr.“) veröffentlichten Auszüge aus Steuerstatistiken, wonach Fabrik- und Grundbesitzer nicht nur verhältnismäßig, sondern wirklich weniger Steuern zahlen als der „gewöhnlichste“ Arbeiter. Das sind doch unerhörte und unerträgliche Zustände! Ich behaupte: niemand wird so kraftig zur Steuererleichterung herangezogen wie gerade der Lohnarbeiter. Die ganze Landwirtschaft, der ganze Handel (besonders ein grosser „Lahrende“ und „fliegende“, dabei aber still und emsig am Telefon sitzende) wälzt so viel als möglich ab von seinen Schultern. Ganz zu schweigen vom eigentlichen Kapital. Alles verkriecht: Kleines, nur zum Begleiter reichendes Einkommen — unerlöschliche Steuerbelastung! Riesenerlöse — winzige Steuerbelastung! Das muß anders werden. Wir werden unsere Steuer bezahlen wie ebenedem, aber sie muß gerechtere Formen bekommen. Es soll durchaus nicht eine planlose und unnötige „Sehe“ (denn Sehe ist doch alles, gegen das sich der Arbeiter wehrt) in Szene gesetzt, sondern alle Kräfte müssen geeint werden, und dies kann nur in den Organisationen geschehen. In erster Linie (eigentlich selbstverständlich) sind unsere gewerkschaftlichen Organisationen berufen, den Anstoß zu geben. Es müßte Verständigung gesucht und gefunden werden, alle Arbeiterpartei und -führer für die Herabsetzung der Lohnneinkommensteuer zu interessieren und zu überzeugen.

Verschiedene Wege führen nach Rom. Auch beim Steuerabzug trifft das zu. Der einfachste Abzug (mit dem sich bei richtiger Organisation auch eine Vereinfachung der Verwaltung durchführen ließe) wäre der wie



bel den Frankenkassen. Wenn du arbeitest, gibst du Steuer, aber keine 10 Proz. und dann schließt Seele haben wir ein wenig mehr abzugeben — und das dicke Ende? Wird es nachkommen? So richtig nicht! Nebenbei gesagt! Ich bin der Meinung, wenn einem Kollegen jetzt nach Abzug des „Steuerretens für sich und Frau und der gelegentlichen Verfrachten vom übrigen Lohne 10 Proz. abgezogen werden, so hat er doch das Recht, bei einer Fälligkeit [er sehr ausgedehnten Veranlagung für alle mit mehr als 10 000 Mk. Einkommen im Jahre, Red.] seine übrigen Verfrachtenbeiträge für sich und Frau in Abzug zu bringen, so daß statt einer Nachzahlung ein Ueberschuß herauskommen müßte.) Aber das löst „Steuerretens“ Einkommen wird wohl vielerorts von den Gemeinden „steuerpflichtig“ gemacht werden, wogegen überall kräftigste Abwehr entfallen werden sollte. Nur ein kleines Beispiel: Lohn 240 Mk.; weil „er“ zufällig verheiratet ist, bleiben 30 + 10 = 40 Mk., „außer Anlag“ = 200 Mk., Invaliden- und Frankenerkrankung rund 10 Mk. = 190 Mk. = 19 Mk. Steuer. Also immer noch 19 Mk. Steuerabzug pro Woche, bei einem Einkommen, das an und für sich nicht ausreicht. Da diese „Summe“ ja nun nicht zum „Leben“ verbraucht werden darf, wollen wir weiter abziehen, und zwar alles „rund“ genommen: Invaliden- und Frankenerkrankung 9,50 Mk., Steuern 19 Mk., Verband umf. 6,50 Mk. = 35 Mk. Die bleiben also schon im Gehalts, aber zu Hause warten klandig große Anforderungen: Miete, Lagen wir im Durchschnitt 12—16 Mk., dann Heizung und Beleuchtung (alles „sehr billig“), Privatversicherungen und manche sonstige laufende Ausgaben, die sich auf mindestens 35 bis 40 Mk. pro Woche belaufen dürften. Nun kommt schließlich ein allzu überflüssiges Übel hinzu, das ist die Kurzarbeit; auch der Kurzarbeiter muß von seinem Sumpferlöhe noch etwa 13 Mk. Steuer abgeben lassen. Man betrachte nun den verbliebenen traurigen Rest. Ganz kann dann der „Pionier“ seine Briefkassette wendend auf den Tisch legen und sagen: „Hier, meine liebe Frau, gebe ich dir mein alles!“ Hat er da vielleicht gelogen? Nein! Leider nicht! Aber selbst Vorkarbeiter werden bei den heutigen unverkäuflichen Preisen für alle Lebensmittel, Bedarfsartikel und Gebrauchsgegenstände Lagen müssen: „Was der Lohn zu wenig, sind alle Steuern zu viel!“

Darum darf es für uns nur eine Forderung geben: Herabsetzung, aber kein weiteres Fickwerk der Vorkommensfeuer! Will man aus „Prinzip“ unbedingt an den 10 Proz. festhalten, dann muß eben noch manches außer Anlag bleiben, in erster Linie die Steuer selbst, und zwar nicht nach der schönen Kinderklausel, sondern im allgemeinen.

München. Zeugler.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Stellungnahmen zur Leipziger Tarifausgleichsfrage.

Bei der Berichterstattung in Hannover wurde erklärt, das geringe Entgegenkommen der Prinzipalität müsse als ein Schlag ins Gesicht der Gehilfenschaft bezeichnet werden. Nur weil man vor eine vollendete Tatsache gestellt sei, müsse den Abmachungen zugestimmt werden. Als dringend notwendig müsse ein allgemeiner Preisabbau der notwendigsten Bedarfsartikel gefordert werden. — In Dresden nahm die Aussprache einen ungemein scharfen Charakter an, unter besonderer Beurteilung des Ausfalles der Klasse A. Die beschlossene Wirtschaftsbeihilfe als auch die mit der 15-km-Zone getroffene Regelung entspreche nicht den Erwartungen der Gehilfenschaft. Der Buchdrucker müsse sich seines geringen Lohnes wegen vor den andern Arbeitern schämen. Die Haltung unserer Vertreter sei zu erwartend gewesen, unrechtzeitig habe viele Gelegenheiten zu erfolgreichem Vorgehen verpaßt. Aber die Kollegen selbst hätten nicht freizusprechen, weil die Bildung von Sondergruppen einerseits und das Verteiden hinter den Führern andererseits eine wirkliche Geschlossenheit verbinde. — In Chemnitz erklärte man die hochgradige Entfremdung in der Gehilfenschaft in Anbetracht der ablehnenden Haltung der Prinzipalität, des weitestgehenden Widerspruchs des Reichsarbeitsministeriums sowie der Löhne der andern Arbeiter für verständlich. Die Zeitungsverleger und Prinzipale erkennen wohl die Gehaltsaufbesserungen der Beamten als gerecht an, wie jedoch ein Buchdrucker in Chemnitz mit dem höchsten Stundenlohn von 5,16 Mk. auskommen könne, bereite ihnen keine Kopfschmerzen. Ihre traurigen Löhne müßten in jeder Weise öffentlich bekannt werden, damit die Eltern erfahren, was ihnen Söhnen bevorsteht, wenn sie sich dem Buchdruckerberufe zuwenden. — Die Verammlung in Duisburg nahm nach einem Vortrag in dem Referent unter Schilderung des wilden Streiks in den Farbwerken Beverhausen die unklugen Teilstreiks verurteilte, weil sie auch zur Zerstörung der gewerkschaftlichen Arbeit führen, kurz Stellung zu dem Leipziger Ergebnisse. Die Wirtschaftsbeihilfe könne nicht befriedigen, die Benachteiligung der Kollegen unter 12 Jahren sei entschieden zu mißbilligen. — Forzeheim stellte sich auf den Standpunkt, daß trotz der fortgesetzten Lohnbewegungen die Lage der Arbeiterkassie unerschütterlich werde, was namentlich von den Buchdruckern zu behaupten sei. Zur Senkung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel wie zur Bekämpfung des Schleichbändlerums könne nur eine Aktion führen, wie sie bei der Abwehr des

Kapp-Pusses so glänzend bewährt habe. In diesem Sinne hätten der Verbandsvorstand und der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Vorbereitungen zu treffen, damit das Ziel der Preisfälligkeit erreicht werde. — In Landsberg (Warthe) erkannte man in jeder Weise die entscheidende Haltung der Gehilfensvertreter an, Kurzgläubigkeit und Saltsartigkeit der Prinzipale zeitigen aber das sehr magere Ergebnis. Durch britische Verhandlungen mit den Prinzipalen gelang es indes, Landsberg aus der Klasse D in C zu bringen, so daß ab 14. Februar der Lohnzuschlag mit 12½ Proz. bezahlt wird. — In Bamberg wurde die Berichterstattung von den Leipziger Verhandlungen als alles andre, nur nicht als erfreulich befunden. Eregtlich wurde der Preisabbau als alleinige Rettung gefordert. — Allgemein war die Enttäufung in Nürnberg über das soziale Verständnis unserer Prinzipale, dessen sie sich ganz unbelugl immer rühmen. Eine Resolution, die zum Begehen weiterer Wege auforderte, wurde abgelehnt, und dafür bekundete, daß man auf der ganzen Linie hinter die Führer treten werde, wenn sie rufen. — In Breslau wurde das Leipziger Ergebnis mit großer Empörung aufgenommen. Man war der Meinung, die Gehilfensvertreter hätten am zweiten Tage schon so vorgehen sollen wie am letzten. Der Verluh, förtlich mit den Prinzipalen eine Meberlieferung zu vereinbaren, mißlang. Obwohl die Erregung darüber fast unbegrenzt war, gelang es dennoch, die Kollegen von einem britischen Zustand abzubalten und so die Front geschlossen zu erhalten. — In Meiningen wurde ein Antrag, die Wirtschaftsbeihilfe als ungenügend abzulehnen und dafür eine wöchentliche Feuerungszulage von 35 Mk. zu fordern, abgelehnt. Unter scharfer Kritik an dem Resultat der Leipziger Verhandlungen gelangte dann einstimmig eine Entschließung zur Annahme, wonach die Prinzipale wenigstens auf einmal die Beihilfe zur Auszahlung bringen möchten, damit Anschaffungen gemacht werden könnten. — Wenn man auch in Götha sich absolut nicht zufrieden erklären konnte mit dem Erreichten, so war das Abfinden damit doch höchst unwillkürlich. Für einen Antrag, sich der Leipziger Resolution mit dem Bekenntnisse zum kommunistischen „Offenen Brief“ anzuschließen, konnte sich indes die Verammlung nicht erwärmen; er wurde abgelehnt. — Damit schlossen wir die sofortigen kurzen Informationen über die Stellungnahmen zu den neuen Vereinbarungen. Von nächster Nummer an kommen die Verammlungsberichte dieser Art nach und nach zum Abdruck.

Stonkist in Neustreß. Aus einer schriftlichen Mitteilung von ganzen fünf Worten als Inieral formen wir diese Mitteilung voll nur zwei Worten, weil jedes weitere Kommissariat, kein würde. Der in voriger Nummer als Widerspruch gebrachte Kommentar wird aber auch hier zutreffend sein und ist deshalb nochmaligen Lesens wert.

Für ehemalige Du Mon-Schauberger (Straburger). Alle ehemaligen Betriebsangehörigen der Du Mon-Schaubergerischen Druckerei („Straburger Volk“) zu Straburg i. E. werden hiermit aufgefordert, ihren derzeitigen Wohnsitz in Deutschland an Herrn G. Colas, Freiburg i. Br., Kolonialstraße 13, anzumelden zwecks Regelung einer wichtigen Angelegenheit. Besonders sollte man die Kollegen Sabfeld und Kelly darauf aufmerksam machen.

Meisterprüfung. Vor Vertretern der Nürnberger Handwerkskammer legte der Setzer Hans Knäuflein in Ansbach die Meisterprüfung ab und hat sie erfolgreich bestanden (Note „Sehr gut“).

Starke Wiederableben der Bicherzensur. Im Reich von Frau Justitia vorausgesetzt es stärker. Die nächste Folge ist die Urkünd der Bicherzensoren. In Berlin macht man zunächst Jagd auf das ertrotzte Gebiel oder was to betrachtet wird. Schnitzers „Reigen“, der neben Lautenlachs „Parrhaushomödie“ wohl den meisten Theatertitel erregt, ist auch als Buch Verfolgungsjagd. Der Schuberband Deutscher Schriftsteller hat Schritte unternommen, um den staatsanwaltschaftlichen Eifer auf wichtigere Dinge zu lenken. Im „Berliner Tageblatt“ hat Wolfgang Meine in der vorigen Woche (Nr. 75) in einem Leitartikel auf eine neue Bedrohung der Kunst hingewiesen. Er warnt vor den Anstrengungen eines Professor Brunner, der als Leiter einer Zentralstelle zur Bekämpfung unsittlicher Literatur im preußischen Wohlfahrtsministerium einen Gesetzentwurf ausstrickte, mit dem die einmalige Ver Fessle die Konkurrenz fürchten müßte. Die letzte Nummer der „Welt am Montag“ konnte berichten, daß die Sache schon bis zu einem Entwurfe für ein „Gesetz zur Bekämpfung von Schmutz und Schund in Wort und Bild“ gediehen sei. Dieses Berliner Blatt wendet sich entschieden gegen die Ver Brunner und erinnert daran, daß die vereinigten Prüfungsausschüsse der Lehrerschaft schon vor zehn Jahren die plumpe Zensurlitigkeit des Professors Brunner bekämpft haben. In der „Jugend-schriftwarte“ (Nr. 8 von 1912) hätten diese Ausschüsse öffentlich erklärt, Brunner vermöge in keiner Weise eine Grenze zwischen Dichtung und Witzredung zu ziehen. Sie würden also nicht nur die Schundliteratur, sondern auch den Profleur Brunner bekämpfen müssen. Die „W. a. M.“ macht anschließend zutreffend Wossen über die Geschicklichkeit der Regierungsstellen, die unrichtigen Männer zu finden. Das „Leipziger Tageblatt“ warf auch die Frage auf: „Zensur — oder Bekämpfung von Schmutz und Schund“ — und machte darauf aufmerksam, daß die Ver Brunner die verfassungsmäßig bestellte Zensur e-

setzen solle. Es wird auch die wirtschaftliche Seite dieser neuen Rückwärtigkeit betont und angeführt, daß welle Streike, nicht zuletzt Druckereibesitzer und ihre Personale, durch diesen Eingriff in die Prehretreibn geschädigt werden können. Die Gegenströmung gegen die Ver Brunner hat sich schon zu einer Profleurverammlung in Berlin verdrickelt, die am 25. Februar stattfinden sollte. Meine Meinung ist die: Die neuen Einkommensskizzen können leicht zur Abdämmung der ohnehin dünnlebenden Arbeitsgelegenheit der Buchdrucker mit ihrem Zeleutium beitragen. Das möchten wir uns entschieden verbitten; um so mehr, als von dieser Bicherzensur bis zu der vormaligen, gegen Fortschritt, Freiheit und Gleichheit gerichteten nur wenige Schritte sind.

Ein warnender Druckfehlerprophet. Nachdem Landes- und Oberlandesgericht in Dresden einen Leipziger Verleger bereits mit einem Anspruch auf 5000 Mk. abgewiesen hatten, ist nun auch das Reichsgericht dazu gekommen. Eine ergreifliche Dame ist die Verfasserin eines sogenannten Unvergleichsbuches. Sie wollte alles genau so haben, wie sie es geschrieben, und verlangte unter hochmütigen Auslassungen, Drohungen und Beleidigungen gegenüber Verleger und Drucker buchstäbliche Auslieferung ihrer Anordnungen. Das Stockbuch war nach Fertigstellung eigentlich nur ein Druckfehlerbuch. Daher machte sich die Beligigung eines Druckfehlerverzeichnisses notwendig. Dabel ging es nun noch verdrickter her, so daß die Seher sogar die für sie bestimmten Anweisungen mißachtete, z. B. Namen Bemerkungen wie „Qualsch, passen Sie besser auf“ oder „Marmelade muß fed werden“ mit in das Druckfehlerverzeichnis. Das Endprodukt war so nicht nur ein Buch mit einem ungewöhnlich großen Druckfehlerverzeichnis, sondern man hatte Stran und Ribben vor sich. Die Verfasserin verweigerte nun die Abnahme der ersten 1000 Exemplare und damit die Zahlung von 5000 Mk. Es kam zur Klage und die Gerichte entschieden, das Stockbuch stelle infolge der wesentlichen Mängel des Druckfehlerverzeichnis keine Erfüllung des Vertrags dar, demgemäß sei die Beklagte zur Ablehnung berechtigt. Da ein solcher Fall sich in ähnlicher Weise leicht wiederholen kann, weil an verführten Autoren männlichen und weiblichen Geschlechts kein Mangel ist, so wäre es wohl besser, die Verleger und Drucker brähten derartige Leute dadurch zur Raifion, daß die weitere Ausführung eingestellt wird, wenn offenkundige Verdricktheiten verlangt werden. Es ist wahrhaftig auch viel, wenn Seher in der Welle wie hier blühenden Bissiben setzen sollen. Verleger und Drucker sollten sich dem Autor nicht zum Sklaven machen, sonst haben sie schließlch noch die Zeche zu bezahlen.

Der Verfasser vom „Zheuerdank“. Zu der in Nr. 22 erschienenen Hells über den Diebstahl eines „Zheuerdank“-Exemplars in Jena schreibt uns ein gutbelesener Leipziger Kollege, daß nicht Kaiser Maximilian I. der Verfasser des Gedichts „Zheuerdank“ (Mitterlicher Seld) sei. Dafür ist vielmehr Gehlmann Branl (1458—1521) anzusehen, der hallertlicher Pal in Straburg war und als Verfasser des satirischen Gedichts „Das Narrenschiff“ welt bekannt geworden ist. Der Kaiser Maximilian wäre aber jedenfalls als der Inspirator zum „Zheuerdank“ anzusehen.

Familienaktiengesellschaft Wstlein. In Nr. 17 brachten wir eine Notiz über die Umwandlung der Firma Wstlein & Ko. in Berlin in eine sogenannte Familienaktiengesellschaft. Wir vermuteten ein kapitalistisches Manöver dahinter. Man macht uns nun auf die „Vollstliche Zeitung“ (Wstlein-Verlag) vom 10. Februar aufmerksam, worin an dem Beispielen von Krupp dargefan wird, wie „notwendig“ solche Familienaktiengesellschaften sind. Nämlich Krupp hätte bei seinem 80 Mill. Mk. Reingewinn für das zu letzt abgeschlossene Geschäftsjahr als Privatunternehmer 48 Mill. Mk. (= 60 Proz.) Einkommensteuer zu entrichten. Als Aktiengesellschaft aber kommt Krupp mit 10 Proz. Körperchaftsteuer = 8 Mill. Mk. davon. Das ist ein „Schiedsmittel“, wie der Volksmund sagt, und deshalb werden nach dem alten Vorbilde von Krupp und jetzt von Wstlein wohl noch mehr solche Familienaktiengesellschaften entstehen. Die „unselbst Erbergerichtliche Steuerpolitik“ kann doch gar nicht so schlecht sein, wenn sie solche dicke Schöbungen zuläßt!

Aufruf an die Steuerfcheuen. Da gegenwärtig nach einer Verordnung vom 1. Februar die Einkommensteuererklärungen für mehr als 10 000 Mk.) abzugeben sind und während des Monats März erfolgt sein müssen, wird offizielles die Gelegenheil benutzl, einen Kampf gegen die Steuerhinterziehung anzukündigen. Es wird nicht nur zu dem Seere der Steuerdrückberger gesprochen, sondern auch zu den Steuerbeamten. Es bleibt in der amtlichen Verkündung u. a.: „Die Gesamtbevölkerung des Reiches muß in gerechter und gleichmäßiger Verteilung der Lasten herangezogen werden. Dies zu erreichen ist nur möglich, wenn der Kampf gegen die Steuerhinterziehung ohne Gammis mit allem Nachdruck aufgenommen wird. Die Reichsabgabenordnung stellt in welchem Umfange Mittel zur Verfügung, durch die Steuerzwidehandlungen erschwerl, der Täter und sein Vermögen erfährt werden können. Diese Mittel mit aller Schärfe und Entschlossenheit ohne Ansehen der Person und des Standes gegen jedermann, der Steuergesetzen zwidehandelt, anzuwenden, ist selbstverständliche Pflicht der Steuerbeamten, eine Pflicht, die nicht nur gegenüber dem Reich und den von seinem Steuerertrag abhängigen Ländern und Gemeinden, sondern ebenso gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern besteht. Die Unterfertigung des Reiches bei diesem Kampfe gegen den Steuerbrei ist aber auch Sache jedes einzelnen. Wer dem Reich zu seinen Steuern hilft, ist sich selbst vor der Mehrbelastung, die ihm aus der Steuerhinterziehung des andern droht.“ Das ist sehr schön gesagt — aber wie wird danach gehandelt werden? Die Vermögenszuwachs-

Feuer, im Sommer 1920 deklariert, ist in vielen Bezirken noch nicht eingeleitet worden. Vom Reichsopfer steht meistens noch die erste Rate aus. Die Landwirte, die zum 15fachen Friedenspreise verkaufen, wollen ihr Einkommen nur nach den Friedenspreisen verkaufen. Der Steuerbetrag durch die Besitzenden geht ins Allgäu. Da nur ausgelast, ihr Steueramtchen, denn wo ihr's anpackt, ist es „interessant“! Für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die dagegen auf Heller und Pfennig steuerlich erfasst werden, wird der Reichstag jedenfalls die Nichteingehung der über den Lohnabzug hinausgehenden Steuerbeträge beschließen und eine Lohnsteuer einführen. Aber sie ist mit 10 Proz. unbedingt zu hoch und ungerecht gegenüber den Sähen der Besitzern.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die männlichen Hauptunterstützungsempfänger haben im Januar von 335000 auf 357000, die unterstützten Vollerwerbslosen von 410000 auf 432000, die unterstützten Familienangehörigen von 457000 auf 495000 zugenommen. Da nach den für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehenden Beschränkungen die wirkliche Zahl der Arbeitslosen weit größer ist, ferner die Kurzarbeiter auch ein Heer stellen, so kann gelagt werden, daß ungefähr 10 Proz. der Gesamtbevölkerung Deutschlands ganz oder teilweise von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ein sehr trübes Bild! Was wird da erst werden, wenn die Londoner

Konferenz nach dem Willen der Entenbletoren ausfällt, die Pariser Beschlüsse also eher noch verschärft werden? Und auf der andern Seite dieser unheimliche Döbendenslegen der Großunternehmer und die selten Profite der Kleinhandlanger! Die sogenannte Weltordnung ist noch niemals „göttlicher“ gewesen als in dieser Zeit, der Sinnes sein Gepräge gibt.

Gründung eines kommunikativen Arbeiterlängerbundes. In der „Rollen Fahne“ war kürzlich zu lesen, daß die Zeit des Deutschen Arbeiterlängerbundes erfüllt sei, sinemalen er „den Charakter einer proletarischen Organisation verloren hat“ und „durch Verschulden seiner Berliner Leitung total verlerucht ist“ von kleinbürgerlicher Denkwelse und Harmoniebusel“. Der zu den Grundlängen der Dritten Internationale stehende neue Sozialistische Arbeiterlängerbund Deutschlands ist nun der Sort aller wahren Arbeiterlängerer. Also abermals eine kommunikativen Spaltungsaktion, zu der das Geplär von proletarischen Einigungsaktion gemäß dem kommunikativen Offenen Briefe paßt wie die Gault auf Auge.

### Briefkasten

P.-r. in D.: Sobald es möglich ist. — S. A. in N.: Das erste beantworten wir mit nein, das andre ebenso, mit dem Zusatz, daß weder Stellung noch Einreiseerlaubnis zu erlangen wäre. — S. Z. in P.: Die betreffenden allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen

fordern den Abzug. Aber in vielen Fällen wird dies nicht buchstäblich genommen. Wo Unternehmer und Arbeiter sich nicht verständigen, bleibt das Gesetz der bitteren Rest. — W. St. in C.: Wird aufgenommen. — S. Fr. in C.: Inerant traf zu spät ein; Nr. 23 war schon im Druck. — W. W. in Weneburg: 7 Mh.

In Berücksichtigung mehrerer geäußelter Wünsche wird im „Tungbuchdrucker“ ein Veramplungskalender (ähnlich dem im „Norr.“) eingerichtet werden. Dafür bestimmte Anordnungen von Verbringungsveramplungen usw. müssen bis zum 15. jeden Monats, dem Abschlußtermin der jeweils fälligen Nummer, in unsern Händen sein.

Redaktion des „Tungbuchdrucker“, Leipzig, Salomonstraße 8.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsipplatz 5 II.  
Vernsprecher: Alml Kurfürst, Nr. 1191.

### Bekanntmachung

Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen einfenden!

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einfindung der grauen Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1921: 7. März 1921, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Schlag II der 26. Februar. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden sind. Zur richtige Frankierung der Karten ist zu achten!  
Berlin. Die Hauptverwaltung.

# Erklärung

Die im Aufruf des Aktionsausschusses im „Korrespondent“ Nr. 21 vom 19. Februar zum Ausdruck gebrachte Tendenz des Vertrauensbruchs seitens der in dieser Sache amtierenden Kommission ist vollkommen unberechtigt. Die Kommission hat in einwandfreier Weise ihre Vorarbeiten zur Vornahme der Wahl erledigt. In unverantwortlicher Weise hat der rechtssozialistische Aktionsausschuss parteipolitische Absicht heraus das Ansehen der Leipziger Mitgliedschaft geschädigt. Der Gauvorstand verurteilt das Verhalten aller der hierbei in Betracht kommenden treibenden Kreise. Der Vorstand des Gaues Leipzig

### Nur Verbandskollegen

offeneren einen Vollen erstklassiger Kasserapparate, Messing, stark versilbert, mit abgegrünter Klinge, in einem Gläs und mit zwei Kasserhingen für 17,50 Mh., bei Abnahme von 10 Stück a 15 Mh. (Sobaltrakt 28 Mh.)  
Vertreter gesucht.  
Kollege Winkler, Berlin SO 26, Reichsberger Straße 5.

### Illustrations- und Farbendrucker

Wer nur erstklassige Ansprüche sofort oder später in guter, dauernder Stellung sucht. Angebote erbeten an  
Häufigste Verlagsanstalt, Hauptstadt a. d. S.

### erster Rotationsmaschinenmeister

mit langjähriger Erfahrung an 32seitiger und 16seitiger Frankfurter Rotationsmaschine (erster mit Bildredameter), der zuverlässig und pünktlich ist und für sauberen Druck der Zeitung garantiert, zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn gesucht. Reisepesen werden vergütet.  
„Obersteifische Volksstimme“, G. m. b. H., Oelwitz.  
404

### Tüchtige Schriftgießer

Mr. Fischer-Komplettmaschinen, Typo I und II, sofort für dauernd gesucht.  
Benjamin Krebs Nachfolger, Frankfurt a. M.

### Druckereibuchbinder

guter Maschinenkennner, der selbst mitarbeiten und vorteilhaft zu disponieren vermag, bei guter Bezahlung zum sofortigen Eintritt gesucht.  
„Obersteifische Volksstimme“, G. m. b. H., Oelwitz.  
405

### Tüchtiger, erfahrener Schweizerdegen

durchaus bewandert in allen vornehmenden Säharlen, gleichfalls Gutes an der Maschine leistend und der einem kleinen Personal mit Umsicht vorliegen kann, möchte sich in Leipzig ab. limg. verändern. Sichige Stell. ungeschädigt.  
Werde Angebote unter W. H. 401 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

### Linothypeseher

(Doppeldecker) mit längerer Praxis und guten Maschinenkenntnissen, sofort gesucht.  
Buchdruckerei des „Lindener Hofangelegers“, Hannover-Blinden.

### Typographieseher

mit längerer Praxis, für Modell B sofort gesucht.  
Hermann Kampen, Hamburg 22, Vertholstraße 422.

### Typographieseher

(Modell UB) möglichst sofort gesucht. Entlohnung nach Leistungen über Tarif.  
Hermann Erben, 417) Hamburg, Speersort 11.

### Typographieseher

Älterer, erfahrener Typographieseher Modell B, sofort in Dauerstellung gesucht. Opladener Zeitung“, Mülle & Co., Opladen.

### Monolineeseher

tüchtiger, guter Maschinenkennner und -pflger, der auch am Kassen Gutes leisten, in angenehme Dauerstellung gesucht.  
Badruckerei, Bad Oeynhausen.

### Typographieseher

welcher zu Oftern seine Lehrzeit beendet, sucht bis dahin Stellung zur Weiterausbildung. Angebote unter Nr. 415 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Typographieseher

Flotter und durchaus zuverlässiger Typographieseher verheiratet, mit zehnjähriger Praxis, erste Kraft in der Kunst u. Maschinenkenntnis, sucht in ein Süddeutschland oder nach Schlesien zu verändern. Ausführliche Angebote erbeten unter Nr. 407 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Typographieseher

Durchaus tüchtiger, selbständiger Typographieseher (A und B) wünscht sich zu verändern. 13jährige Praxis. Off. erb. u. M. G. 411 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Typographieseher

21 Jahre alt, in ungeschädigter Stellung, sucht angenehme Stelle, am liebsten in Thüringen. Bestehe Stenographie an der Vintype. Angebote unter O. 403 an die Geschäftsstelle d. Bl.

### Schriftseher

(21 Jahre), im Typidens- und Interatensche bewandert, in ungeschädigter Stellung, sucht für Anfang April oder später Stellung. Best. Angebote unter W. F. 419 an die Geschäftsstelle dieses Bl. erbeten.

### Typographie ausbilden?

Wo kann sich Junger, strebsamer Seher an der Typographie ausbilden?  
Berlin und Vororte bevorzugt. Angebote erbeten an  
A. Glende, Berlin SO 26, Naumnstraße 5.

### In Leipzig

sucht sich flotter, an selbständiges, sauberes Arbeiten gewöhnter  
402

### Typographieseher

mit langjähriger Praxis, guter Maschinenkenntnissen, für jetzt oder später zu verändern. Ausführliche Angebote an  
F. Werner, Leipzig 21., Weißsch. 10.

### Typographieseher

20 Jahre alt, firm in allen Fächern des modernen Buchdrucks, mit Zweifelharmmaschine sowie Inlegeapparat „Notary“ vertraut, sucht Stelle. Eintritt kann auf Wunsch sofort erfolgen. Best. Angebote erbeten an  
Rudolf Pfister, Eggenfelden (Niederb.).  
414

### Typographieseher

21 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, sucht baldmöglichst Stellung. Angebote erbeten unter H. W. 409 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Egal wohin!

### Typographieseher

19 Jahre alt, bewandert im Vert., Platten- und Typidenssch  
sucht baldigst Stellung  
Angebote unter Nr. 418 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Typographieseher

Sehmaschinenmonteur u. -instrukteur. Sehmaschinen- und Stereotypiemaschine. Verlangen Sie Broschüre. [370] Paul Barth, Düsseldorf, Plönierstr. 20.

### Typographieseher

bedarf: Sammlerherne, -bänder, -gläser, Magazinbüchsen, Stenographie, Kradelbüchsen, -Kassette, Wasserlösliche für Typographie.  
Franz Müllig, Stuttgart-Galsburg.

### Typographieseher

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Interessenten den Vorteilsparsnis wegen den Ver. aggleich mit befragen; bei Beträgen unter einem Mark Dreifmarhen, kein Stadtnoigeld. Geschäftsstelle des „Norr.“

Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Dr. G. Flatow M. 9. — Das Gesetz über Betriebsräte mit Nachtrag: Die Wahlordnung zum Gesetz über Betriebsräte von S. Aufhäuser M. 5. — Verlag des V. D. D. B. G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8, Postsch. 53730

Anlegemarken für Tegel-pressen aufheben u. aufspannen. 1 Dkg. 13 Mh. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9.

Graphische Fachklassen Entwurf- und Werkstattausbildung. Aufnahme durch die Schriftgewerkschaft Barmen.

Borausbestellung nötig Im April erscheint die achte, völlig neu bearbeitete und vermehrte Auflage von Mehers Handlexikon

Etwa 75000 Stichwörter, 2000 Abbildungen auf 1632 Spalten Sept. 7 bunten, 46 schwarzen Seiten, 8 farbigen und 37 schwarzen Karten, 24 farbigen und halbtönen Überlichten, 1406 Ganzleinen gebunden 92,50 Mh. Abzahlung 10 Mh. monatl. C. S. Otto & Co., Berlin-Weißensee.

Teilzahlung Photo-Apparate aller Art. Fotograf. Artikel Kataloge umsont u. portofrei. Jenass & Co., Berlin P. 407 Belle-Alliance-Str. 7-10.

Alles Nähere über die Gemainschaft für Linienfreunde in Braunhewels, Schornhorstr. 10, wird kostenlos zugesandt.

Typographieseher Sehmaschinen Erfasste, Matrizen usw. repariert schnellstens und preiswert. Monteur zur Verfügung. Erklärliche Referenzen. Karl Hermann, Leipzig-Connewitz, Biedermannstraße 27. [202

Zurichtmesser und Scheren Ahlen und Angletten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt St. Siegl, München 9, Rotundusstraße 1. Katalog 50 Pf.

Maschinenband Friedensqualität, liefern 181  
Beyner & Moß, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Schlips- u. Verbandsnadeln Werkzeugkasten verschleißbar usw. für Maschinenmtr. u. Seher empj. l. best. Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Gitterth, Papientublr. 5 II. Preisliste gratis. [1616

Segregale und Kästen sowie Formegale, Segregale, Maschinische, Wägen- und Farbenbrände, Sahbreiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager. 182  
Beyner & Moß, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Von den während der „Nugra“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem Verbandsmonument

ist noch ein kleiner Rest zum Preise von 15 Pf. für zwei Stück (Preis- und Preisdruck) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 10 Pf.). Gegen Voreinlösung des Betrags auf unser Postkchtkonto, Leipzig Nr. 61328, zu beziehen von  
Geschäftsstelle des „Norr.“

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge. Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Gebrauchte Fachlehrbücher noch gut erhalten, kauft jederzeit Graph. Verlag St. Siegl, München 9.

Am 10. Februar verchied nach kurzem Krankenger unter lieber stollege und Mitarbeiter, der Schriftseher  
Paul Max Richard Goll aus Stettin, 63 Jahre alt. Sein biederer und kollegialer Charakter und sein alzeit guter Humor sichern ihm ein dauerndes Andenken.  
Die Kollegen der „Frankfurter Zeitung“, Frankfurt a. M.

Am 12. Februar verlorb nach längerem Leiden unser liebes Mitglied, der Maschinenseher  
Franz Beck in Mag. [410  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Bezirk Lüneburg.

Am 13. Februar verchied nach langem, schwerem Leiden unter lieber stollege, der Seher [420  
Max Schmidt aus Lauban i. Schl., im Alter von 24 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Bezirksverein Strichberg.



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Beitrag ist bei Bestellung gleich miteinzufenden.

Beilage zu Nr. 24 — Leipzig, den 26. Februar 1921

Redaktionschluss. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Deutschlands Ernährung und die Landwirte

Es war einmal ein mächtiger Kaiser (wenigstens hielt er sich für mächtig), der sagte einmal bei guter Stimmung: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser!“ Einer seiner Anhänger, ein Erbhöfner, war anderer Meinung und sprach: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Mist!“ Der Mann hat recht behalten.

Ein altes Sprichwort sagt: „Wasser hat keine Balken.“ Die Balken, die umherkrammen, sind uns genommen, und Deutschland liegt nun im — Sumpf! Und alle, die es verlohnt haben und es noch versuchen, Deutschland zu heben, haben sich wohl in gehobene Stellung gebracht und bereichert, aber das Reich noch mehr vermodert und dem Volke Vallen aufgebürdet, die es nicht mehr schleppen kann. Immer die schafften den Händen werden zuerst ergriffen, während man das Kapital sich frei bewegen läßt. Einmal mit kleiner Milliarde ist der beste Beweis.

Seit mehr denn 30 Jahren geht das Bestreben der Erbhöfner dahin, die Zuluhr ausländischer Lebensmittel nach Deutschland zu verhindern. Mit vollen Händen schenken sie in den Parlamenten: „Die deutsche Landwirtschaft ist imstande, Deutschland allein zu ernähren.“ Den Beweis dafür haben sie aber nie erbracht. Mit der Gründung des Bundes der Landwirte (1893) und seines Leiborgans, der „Deutschen Tageszeitung“ (1894), nahm das Geschrei noch mehr zu. Die Regierung wurde nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, alle maßgebenden Stellen wurden mit Erbhöfnern und deren Vertretern besetzt. Um die Zuluhr ausländischer Lebensmittel einzuschränken, wurden dieselben mit hohen Zöllen belegt und dem Volke die Nahrung künstlich verteuert. Man sagte allerdings: um die deutsche Landwirtschaft zu schützen. Dabei wählten sich die Erbhöfner Auszubehringungen zu verhassten und verkauften ihre Erzeugnisse nach dem Auslande billiger als im Inlande. Das Volk mußte eben zahlen. Von Jahr zu Jahr stiegen die Preise der Landesprodukte, vermehrten sich die Einnahmen der Landwirte. Geschrieben wurde allerdings: „Die Landwirtschaft leidet Not, die Landwirtschaft verhungert.“ Die Arbeiter und Angestellten jedoch mußten ihr Einkommen bis auf den letzten Pfennig verlieren. Die Landwirte, speziell Erbhöfner, hatten aber ein besonderes Rechenstystem und wählten so geschickt zu rechnen, daß sie oft gar keine Steuern hatten und demzufolge nur wenig oder gar keine Steuern zahlten. Noch im Jahre 1918 zahlten Gutsbesitzer in Pommern bei Vollen von Wütern von 500 Morgen im ganzen Jahre 36 Mk. Steuern. Bis heute ist die Landwirtschaft zu den Steuern auch noch nicht härter erfaßt worden, obwohl der Staat nicht weiß, woher er das Geld nehmen soll.

Als 1914 der unglückliche Krieg ausbrach und die Blockade der Engländer einsetzte, da war die Ernährung Deutschlands auf die eigene Landwirtschaft angewiesen. Die Erbhöfner hatten ihr Ziel erreicht. Statt nun alle Kräfte anzulegen, um die Produktion zu steigern, steigerten sie die Preise ihrer Produkte. Denn der Preis richtete sich nach Nachfrage und Angebot. Die Zwangsverwaltung wurde eingeführt und der Schleichhandel geschaltet. Es begann eine Hochkonjunktur der Erbhöfner. Zwar wurden Verordnungen erlassen, daß die Landwirte alle ihre Produkte abliefern sollten, und auch Höchstpreise festgelegt; aber dieses alles nur auf dem Papier.

Unre ganzen Regierungsvertreter, vom Träger der Krone an, waren Erbhöfner. So konnte man doch keine Verordnungen erlassen und Maßnahmen ergreifen, die man auf sich selbst nicht angewendet wissen wollte! Und die kleinen Landwirte richteten sich nach den großen. Statt kräftig zuzulassen, Wüter und Böse zu entzagen und die Belüster, die nicht genügend anbauen und liefern, an die Front zu schicken, wurde von Patriotismus und Moral gepredigt und — Lieferprämien geboten. Nun waren die Landwirte auf den Wohlstand gekommen und mußten, was sie von der Regierung zu erwarten hatten. Sie hielten eine Sandvöll Futler hin und verlangten Prämien.

Während die Frauen und Männer in den Ställen in den Molkereifabriken und Käsereienwerkstätten hungern mußten und doch schafften, daß durch reichliche Munktion der äußere Feind von den Grenzen gehalten wurde, kannte der Landwirt keine Nahrungssorgen. Im Gegenteil, er lebte viel besser denn vorher. Während meiner Ferien hatte ich in den Jahren 1917, 1918 und 1919 von einer kleinen Stadt in Pommern aus Klein- und Erbhöfner besucht und durch Vermittlung selbst mit Gutsbesitzern Frühling bekommen — da habe ich gesehen, wie die Leute lebten! Marmeladestullen oder trocken Brot, wie wir in der Stadt, kannten sie nicht; Butter und Schmalz stand reichlich auf dem Tisch, und Milch war in Büchse vorhanden. Aber glaube niemand, daß sie davon angeboten hatten; nur für teures Geld war das zu haben, und auch häufig dann noch nicht. Weil die Schleichhändler Preise zahlten, die selbst die Landwirte sich schämen, von Bekannten zu fordern. Während Kranke und Säuglinge in der Stadt kaum ein Viertel Liter Milch bekamen, hatten auch Arbeiterfamilien auf dem Lande täglich 5—7 l Milch

zur Verfügung. Bauern mit 12—15 Milchkuhen lieferten täglich nur 45—60 l Milch ab, weil der Präsident des Bundes der Landwirte, Dr. Rüdiger, in öffentlicher Verammlung erklärt hatte, bei der Futlerknappheit geben die Kühe kaum 4 l Milch pro Tag. Die Regierung glaube es. Die Kühe, die ich zu leben bekommen hatte, gaben alle 8—12 l Milch, einige sogar 14 täglich. Die überflüssige Milch wurde zu Wucherpreisen verkauft oder verbuttert, und die Butter „zu angemessenen Preisen“ dem Schleichhandel überliefert. Vieh wurde heimlich gemästet und Schleichhandel damit getrieben. Die Gendarmen wählten wohl eine Frau aus der Stadt, wenn sie für ihre hungernden Kinder Kartoffeln zusammenholte, abzuwaschen und die Lebensmittel zu beschlagnahmen, über ganzen Viehtransporten und Waggonladungen verbotener Lebensmittel gingen sie aus dem Wege, denn die führten von den Gutsbesitzern her. 1917, als die Kartoffeln den Städten mehr wie knapp waren, hatte ein pommerscher Erbhöfnerbesitzer und preussischer Major 28000 Ztr. Kartoffeln an eine Spiritusfabrik verkauft. Die Spanen pflügen es dort von den Wäldern, nur der Landrat und der Staatsanwalt hörten es nicht. Während in den Städten oft nicht ein halbes Pfund Fleisch pro Kopf und Woche zur Verteilung kam, war in den Kur- und Badeorten Fleisch in Külle und Fülle vorhanden. Für die Wohlhabenden war gelorgt. Ja Pöpy'n gab es 1919 in den Kurorten täglich zur Mittagsstafel alle Fleischsorten und zum Frühstück u. d. Abendbrot reichlich Beleg. Die Wirtshäuser der Badeorte hatten alles reichlich herangeschafft — aber zu welchen Preisen!

Wenn nur das Wenige, das die Produzenten lieferten, wenigstens nicht von den Ernährungsbehörden und deren Inaeststellen richtig behandelt worden wäre, dann hätte in den Städten auch noch mehr zur Verteilung gelangen können. Aber mehr als ein Fünftel verdarb auf dem Transport ein andres Fünftel reichlich ging durch falsche und schlechte Lagerung zugrunde. Und von dem, was für teures Geld geliefert wurde, mußte auch noch häufig die Hälfte weggeworfen werden, speziell Kartoffeln und Gemüse. Das Reichsgericht hatte entschieden: Wer mit Lebensmitteln handelt, hat sich zu überzeugen, ob diese den sich auch in einem solchen Zustande befinden, daß sie als Nahrung dem Menschen zuträglich sind. Aber keine Behörde hat sich danach gerichtet. Mehl ist leicht und muß nicht beim Erhitzen hart wie Stein geworden. Tann wurde es wieder zur Mühle gebracht, dort zerkleinert, noch einmal gemahlen und mit gutem Mehle vermischt. Daher der schimmelige Geschmack des Brotes, das wir haben gegessen müssen.

Wenn man nun in Betracht zieht, daß im überseeischen Auslande, speziell in Australien und Amerika, reichlich Mehl und Lebensmittel vorhanden sind, so wundert sich viele weshalb nicht mehr eingeführt wird. Da heißt es denn, bei der schlechten Valuta dürfe nicht so viel Geld nach dem Auslande, und darum darf nur so wenig eingeführt werden. Ist dies wirklich der wahre Grund? Nein, weil der Ernährungsmittel zugleich Landwirtschaftsminister, wohnen zwei Seelen in seiner Brust, die aber beide mehr zur Landwirtschaft neigen, denn sonst sind die nachstehenden Tatsachen unverständlich.

Im Juni 1920 hatten die schamerikanische Bäckereigenossenchaft mit dem deutschen Bäckerverbande „Germania“ Frühling genommen und ihm Mehl auf Kredit angefragt, aber es sollte nicht erst durch die Hände des Ernährungsministeriums gehen, also ein breiter (und somit verbilligter) Abschluß stattfinden. Beim Ernährungsministerium wurde die Einfuhrerlaubnis nachgelacht; erst wurde wohlwollende Ermüdung zugelassen, dann die genügend bekannte Verschleppungspolitik eingeschlagen und zum Schluß (mit 5 bzw. 6 auf die schlechte Valuta) die Einfuhr nicht genehmigt. Wenn deutschen Genossenschaften und Vereinen im Auslande Kredit gewährt wird, so bin ich der Ansicht, daß dies das Ansehen Deutschlands im Auslande hebt und die Valuta verbessert. Nicht umgekehrt, Herr Dr. Hermes! Dieses Mehl hätte in Deutschland für 2,50 Mk. das Pfund verkauft werden können, während das Magillratsmehl für 5,40 Mk. das Pfund verkauft wird. Auch die Dresdner Bäckereigenossenchaft konnte drüben Mehl erhalten und das Pfund für 3,50 Mark in Deutschland verkaufen, aber: Einfuhr verboten! Auch die Trierer Genossenschaft wollte den günstigen Marktpreis heuhen und Mehl beziehen zu einem Verkaufspreis in Deutschland von 2,50 Mk. das Pfund. Doch auch hier: Einfuhr verboten!

Nun kommt eine Tragkomödie: Dieses Mehl, das schon in Amsterdam auf die Einfuhr war etc., wurde an einen Bräukeller Großhändler für 2 l. Fr. das Pfund verkauft. Dieser verkaufte es zu 3 Fr. an einen Holländer (also schon 20 Proz. teurer), und dieser fand Mittel und Wege, es mit 100 Proz. Aufschlag an die Reichszentralstelle für Ernährungswesen zu verkaufen! Nun durfte das Mehl eingeführt werden — ohne Rücksicht auf untre Valuta. Auf lotte infame, lediglich auf Profitinteressen eingestellte Art und Weise wird also dem Volke die Nahrung verteuert! Wie lange wird sich das deutsche Volk eine derartige Wirtschafts- und Ernährungs politik gefallen lassen? Wird es da nicht Zeit, daß mit eiskerner Eisen Remedur geschaffen wird und Hermes endlich an die frische Luft fliegt?

Die Auslandsdeutschen bieten alles auf, uns mit Nahrung, speziell Mehl, zu versehen, aber sie wollen es nicht erst durch die Hände von verschiedenen Profitgierigen und verleuerungsgebellenen Behörden gehen lassen; sie wollen, daß wir billiges Mehl haben sollen. Das will aber der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister nicht, weil ja dann die Landwirte ihre Produkte auch billiger verkaufen müßten, und das wollen diese ganz und gar nicht. Sie würden dem Landwirtschaftsminister ihre Freundschaft kundgeben, wenn sie mehr arbeiten und weniger verdienen sollten. Die Bauernfreundschaft ist diesem allerhöchsten der Ernährungsminister seit 1914 mehr wert als die Verminderung der Not und des Elends der Bevölkerung. Die Bauern tun gar nichts dazu, den Boden erträglicher zu machen; das beweisen die Ernterergebnisse (in Millionen Tonnen gerechnet):

	Weizen	Roggen	Gerste	Safer	Kartoffeln	Rüben
1913	4,4	12,1	3,5	9,5	28,2	9,8
1920	2,2	4,9	1,7	4,8	52,8	7,9

Wenn nun diese Zahlen auch keinen Anspruch auf Genauigkeit machen können, weil die Landwirte immer weniger angehen, als sie wirklich geerntet haben — schon wegen der Abkürzung und der Steuern! —, so beweisen sie doch, daß während des Krieges Raubbau getrieben worden ist und nun dem Lande nicht die Mittel zugeführt werden, die es braucht (Phosphor, Kali, Stickstoff), damit es erträglich wird. Obwohl feststehend, daß künstlicher Dünger, speziell Phosphor, nicht in so reichen Mengen vorhanden ist, wie er gebraucht wird, so könnten die Landwirte doch mehr hineinstecken, um den Boden erträglicher zu machen. Denn nur so konnten wir reichlicher ernährt werden und wirtschaftlich vorwärtskommen.

Mit der staatlichen Einfuhr aus dem Auslande ist uns nicht immer geholfen. Bisher sind für dieses Wirtschaftsjahr 900000 t Auslandsgetreide eingekauft, im ganzen sollen 2,5 Millionen Tonnen eingeführt werden. Dafür muß Deutschland 18<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Milliarden Mark bezahlen. Rechnet man noch 30 Milliarden Mark hinzu, die uns die fremden Bebauungsgruppen pro Jahr kosten und das Defizit von etwa 20 Milliarden bei Post und Eisenbahn sowie noch 30 Milliarden für die Reichsverwaltung, so ist nicht abzulehen, wie wir aus dem finanziellen Elend herauskommen sollen.

In diesen vier Positionen muß aber mit aller Kraft abgebaut werden! Ebenso muß der Apparat der öffentlichen Lebensmittellieferung aufgehoben oder ganz bedeutend eingeschränkt werden, denn er hat auch im letzten Wirtschaftsjahr in Deutschland 14 Milliarden Kosten verursacht, die in einem ganz traurigen Verhältnisse zu den wirklichen Leistungen stehen. Es muß sich jeder ernste Staatsbürger fragen, ob dieses Institut noch weiter bestehen soll und darf. Denn wie wenig von ihm geliefert wird, beweist das amtliche Material: Von 2,2 Millionen Tonnen Weizen sind kaum 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen erfaßt, von 4,9 Millionen Tonnen Roggen kaum 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen. Noch gar er liegen die Dinge bei der Gerste; in Preußen sind kaum 200000 t erfaßt. Das ist geradezu lächerlich, wo in Bayern 130000 t erfaßt sind, und trotzdem ist dies kaum erst ein Drittel des Aufkaufpreises. Nicht man diese Mengen an den Ertr., den der wirklichen Ernte, so kann man mit Recht von einem Zusammenbruch unserer staatlichen Getreidewirtschaft sprechen. Darum weg mit solchen Einrichtungen! Sie verteuern dem Volke die Nahrung unnötig.

Die Landwirte bekommen für den Zentner Roggen 70 Mk., der Zentner Mehl kostet 169,80 Mk., die Reichszentralstelle verkauft das Mehl an die Magillrate mit 204 Mark; diese an die Bäcker für 233,80—245 Mk. Das sind ungelände Verhältnisse, denen mit aller Macht entgegengetrieben werden muß. Das steht sogar der Reichsernährungsminister ein, er will aber von der öffentlichen Bewirtschaftung des Weirbes nicht abgehen, nur soll dieselbe in neue Formen gebracht werden, die den praktischen Bedürfnissen des Landes mehr Rechnung tragen! Am 21., 22. und 23. Februar sind die Ernährungsminister aller deutschen Länder in München zu einer Konferenz zusammengetreten, um über neue Wege zu beraten. Der „Storr.“ wird sich wohl noch mit dem Ergebnisse dieser Verhandlungen beschäftigen.

Es muß unbedingt auf Steigerung untrer heimischen Erzeugung hingearbeitet werden. Dazu ist die Versorgung untrer Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln die unerlässlichste Voraussetzung. Also, Deutschlands Zukunft liegt auf dem Mist! Die Landwirtschaft muß gezwungen werden, intensiver zu arbeiten und abzugeben von ihrer Teulle: „Wenig anbauen und teuer verkaufen.“ Es muß eingeführt werden, was uns das Ausland liefert, damit die Konkurrenz der Landwirte zur Bekämpfung ringt. Werlen wir noch einen Blick auf die Fleischpreise. So trill dort der Wucher noch krasser zulage. 1913 und 1914 waren die Landwirte froh, wenn sie für einen Zentner Lebensgewicht nur Schweine 53—60 Mk. bekamen, heute fordern sie 1500—1700 Mk., so daß sie für ein Dreizehntel Schwein 300 Mk. verlangen und bezahlt erhalten. Was nun die Fleischwaren daraus kosten, zeigen die Schaulenker der Schwäbcher: das Pfund 24—32 Mk. Wie verhalten sich dazu unsere Köhne? Wenn die Prinzipale und speziell die Zeitungsverleger gegen das verwerfliche Ver-

feuerungsstellen der amtlichen Ernährungsverwaltung nichts einzuwenden haben, dann machen sie sich daran mitteilbar, und man wird bei Verhandlungen ihrem verbündeten Veredle von der nachlassenden Feuerung so entgegenkommen müssen, wie vor Gericht der Fehler mit dem Stehier gleichgewertet wird.  
Berlin. S. Esreb.

## □ Aus der Betriebsratspraxis □

### Über das Betriebsbilanzgesetz

Die an dieser Stelle bereits erwähnten Novellen zum Betriebsbilanzgesetz, nämlich das „Betriebsbilanzgesetz“ und das „Aufsichtsratsgesetz“, bilden notwendige Ergänzungen zu den §§ 70 und 72, die die Frage des Eintritts von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat sowie die Vorlegung von Betriebsbilanzen und Betriebsgewinn- und Verlustrechnungen grundsätzlich regeln. Während das „Aufsichtsratsgesetz“ erst im Entstehen begriffen ist, wurde das „Betriebsbilanzgesetz“ am 3. Februar d. J. vom Reichstag in dritter Lesung verabschiedet, ohne daß in der Öffentlichkeit dazu besonders Stellung genommen worden wäre. Und doch handelt es sich um ein für das Wirtschaftsleben so bedeutungsvolles Gesetz, daß sein Wortlaut und seine Mängel allgemeiner bekannt zu werden verdienen. Es besteht aus folgenden fünf Abschnitten:

§ 1. Die nach § 72 des Betriebsbilanzgesetzes vom 4. Februar 1920 vorliegende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen geltenden geschäftlichen Bilanzgrundsätzen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens der Art ersehen lassen, daß sie für sich allein und unabhängig von andern Urkunden eine Übersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht.

§ 1a. Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Die Auskunft muß sich auf die Unterlagen der Bilanz, wie Inventar, Rohbilanz, Kontokorrentkonto, Betriebs- und Handlungskosten, gründen. Eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen besteht nicht. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahre vorgenommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahrs aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung auszuweisen.

Gebören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazugehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.

§ 2. Das Recht, die Vorlegung und Erläuterung der Betriebsbilanz (§§ 1, 1a) zu verlangen, steht neben den Einzelbetriebsräten auch dem Gesamtbetriebsrat zu.

§ 3. Auf die nach § 72 des Betriebsbilanzgesetzes vorliegende Betriebsbilanz und Verlustrechnung finden die Vorschriften der §§ 1 bis 2 entsprechende Anwendung.

§ 4. Die Vorlegung und Erläuterung einer Betriebsbilanz sowie einer Betriebsbilanz und Verlustrechnung können erstmalig für das letzte vor dem 1. Januar 1921 abgelaufene Geschäftsjahr verlangt werden.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1921 in Kraft.

Die wichtigsten Bestimmungen des Betriebsbilanzgesetzes lehnen sich an die des Handelsgesetzbuchs an, in denen nur allgemein von einer Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung die Rede ist. Darin liegt ein Hauptmangel des neuen Gesetzes. Bei der in § 72 des Betriebsbilanzgesetzes vorgeschriebenen Betriebsbilanz und Betriebsbilanz und Verlustrechnung handelt es sich keineswegs um eine formale Handelsbilanz, wie solche in großen Betrieben fast jeden Tag zu finden sind, sondern um die Erreichung von Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit im Interesse des Allgemeinwohls. Nach dem Wortlaute der Bestimmungen des neuen Betriebsbilanzgesetzes ist es jedoch für einen Betriebsrat nur schwer möglich, einen zuverlässigen Einblick in die wirkliche Lage und Entwicklung eines Unternehmens zu erhalten, solange eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen für den Unternehmer nicht besteht. Daran ändert auch die allgemein ausgesprochene Erläuterungspflicht der Betriebsbilanz durch den Unternehmer verdammt wenig. Im volkswirtschaftlichen Interesse hätte es vielmehr gelegen, wenn die Verpflichtung zur Aufstellung einer Betriebsbilanz gesetzlich festgelegt worden wäre, wie sie sich unmittelbar aus den Geschäftsbüchern selbst ergibt und auf die einzelnen Konten gründet. Fehlt in den Bilanzirriteriumskonten der weiteste Spielraum geboten. Es wurde wieder einmal ein Gesetz geschaffen, dessen sozialpolitische Wirkung überflüssig fragwürdig erscheint, und dessen praktische Anwendung für die Betriebsräte große Schwierigkeiten zeitigen wird, um zum gewünschten Ziele zu gelangen. Nur durch das Hineinwachen in die Materie und durch die Erwerbung wirklicher Sachkenntnis werden die Unternehmer zur Klärung ihrer Betriebsverhältnisse gezwungen werden können. Darüber hinaus muß von den politischen Arbeitserparien alles versucht werden, um die Fehler und Unzulänglichkeiten des gesamten Betriebsbilanzgesetzes auszumergen bzw. zu beseitigen.

Die Hoffnung der Unternehmer, daß das Sachverständigen der Betriebsräte jetzt und in Zukunft nicht groß genug sein wird, um die schwierige Materie der Betriebsbilanz zu meistern, muß gründlich zerstückt werden. Die Betriebsratsmitglieder müssen alles daran setzen, um ihre einschlägigen Kenntnisse zu bereichern. Alle Hilfsquellen, die dazu dienen, sollten erschöpft werden.

## Informationsmaterial für Betriebsräte

Das nunmehr vorliegende Heft 9 der Betriebsratschriften (Heft 8 fällt aus) betitelt sich: „Die Vorräte und ihre Lager in Fabrikbetrieben“ (Preis 60 Pf. für Nichtmitglieder 1,20 Mk.). Der Bezug dieser Schrift wird dringend empfohlen. Den Betriebsräten, Arbeitern und Angestelltenräten wird eine genaue Darstellung des Bezugs der Materialien, ihrer Lagerung, Auslastung und Verwendung gegeben. Die Schrift ist klar gefaßt, daß sich jedes Mitglied einer Betriebsverwaltung über die Fabrikorganisation auf das genaueste informieren und dem Unternehmer gegenüber sachverständig auftreten kann. Als weitere Schrift erscheint in Kürze Heft 10: „Wie beurteilt man eine Bilanz?“ Zusammen mit der im Verlage der Betriebsratszentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienenen Schrift: „Was ist eine Bilanz?“ (Heft 6, Preis 90 Pf.), wird hier den Betriebsverwaltungen das Material zur Verfügung gestellt, an Hand dessen sie in der Lage sind, die ihnen vorliegenden Bilanzen durchzuarbeiten zu können. Bestellungen dieser Schriften sind an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, z. B. des Kassierers Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelauer 14, 15 IV, zu richten.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

o-s. Aachen. Gut besucht aus allen Orten des Bezirks war die Bezirksgeneralversammlung am 23. Januar in Aachen. Bezirksvorsitzender Grevens gedachte in warmen Worten des verstorbenen Gewerkschaftsführers Regien und eines verstorbenen Kollegen. Die Versammlung erbob sich zum Andenken der Verstorbenen von ihren Söhnen. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die tarifliche Lage im Bezirk konnte als eine gute bezeichnet werden. Leider mußten sechs Restanten zum Ausschlusse gestellt werden. Die Wahl des Bezirksvorstandes ging glatt vonstatten. Der alte Vorstand wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Bei der Festlegung der Entschädigung wurde eine kleine Aufbesserung von der Versammlung beschlossen. Für den Arbeitsnachweis wurde der bisherige Vertreter, Kollege Mangen, gewählt. Als Kandidaten zum Tarifschlichtungsgericht wurden fünf Kollegen zur Wahl vorgeschlagen. Aber die Verteilung der 1/3 Proz. aus der Bezirksremuneration wurde beschlehen, 1/3 Prozent Schlichtungsgerichtsvorsitzenden und 1/3 Prozent der Ortsvereine des Bezirks zu überweisen. Einige örtliche Mißsprachen fanden unter „Verschiedenem“ ihre Erledigung.

Altenburg (Bezirk und Ort). Die Generalversammlung am 30. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem Gewerkschaftsführer Karl Regien und einem verstorbenen Kollegen warme Worte des Nachrufs. Jahres- und Kassensbericht lag wie alljährlich den Mitgliedern gedruckt vor. Eine Aussprache darüber fand nicht statt; ein Zeichen, daß man mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden war. Unser Gauvorsitzer Prox (Weimar) hielt hierauf einen äußerst lehrreichen Vortrag über „Gewerkschaftliche Tagesfragen“, in dessen Verlauf er naturgemäß auch auf die verstorbenen Tarifverhandlungen, den neuen Tarif und die die Gewerkschaft beherrschenden Gegenwartsfragen einging. Die Aussprache war eine sehr lebhaft; man erklärte sich betrieblig von dem Gehörten. Das Verhalten der Prinzipalität zu der geforderten Tarifausschubung erfuhr allgemeine Verurteilung. Unter Beifall wurde ferner zum Ausdruck gebracht, daß, wenn unsere Unternehmer nicht endlich die Not der Gewerkschaft durch entsprechenden Lohn einigermaßen beseitigen, sie die Folgen ihres Verhaltens in aller Kürze zu spüren bekommen müssen. Der Artikel des Kollegen Schliebs erfuhr seitens der Kollegen aus den in Frage kommenden Bezirksorten entsprechende „Würdigung“. Sie haben absolut keine Lust, bis auf den Nimmerleinstag zu warten wegen der Gleichstellung mit Altenburg. Der ganze Bezirk Altenburg gehört nun einmal zum mitteldeutschen Braunkohlen- und Industriebereich, und dem muß endlich seitens des Tarifamts Rechnung getragen werden. Der Vorstand wurde bis auf zwei Beisitzer wiedergewählt. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte erreichte die würdig und sachlich verlaufene Versammlung ihr Ende.

Berlin. (Korrektoren.) In der am 23. Januar abgehaltenen Jahreshauptversammlung, die von über 100 Mitgliedern besucht war, begrüßte Vorsitzender Reich zunächst die anwesenden Mitglieder wie auch die Kollegen Gütle und Kranz, erstere dabei für sein Eintreten für unsere Interessen bei den Tarifverhandlungen dankend, dem letzteren wünschend, daß er sich in unermühter Weise wohlthun möge. Sodann gab Kollege Reich die Tagesordnung bekannt und machte vor Eintritt in dieselbe noch einige Ausführungen zu dem am 16. Dezember v. J. erfolgten Ableben des Kollegen Emil Krause (seit 1866 Verbands- und seit 1908 Spartenmitglied) und auf den im gleichen Monat zu Grabes getragenen Gewerkschaftsführer Karl Regien. Das Andenken der Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Zu Punkt 1: „Neuaufnahmen“, lagen 27 Anmeldungen vor (14 aus Berlin, 5 aus Brandenburg a. d. S., 4 aus Frankfurt a. d. O. und 4 aus

Neudamm). Die Kollegen der drei Städte bilden Ortsgruppen des Berliner Vereins; die Adressen der derzeitigen Obleute sind durch den Berliner Vorstehenden vorerst zu erhalten. Diese große Zahl von Neuaufnahmen ist ein starker Erfolg unserer Sparte, und der Vorstand heißt, daß dies für die noch abklis lebenden Berliner Kollegen ein Ansporn sein wird, unsere Sparte beizutreten. Unter Punkt 2: „Vereinsmitteilungen“, führte der Vorsitzende zunächst aus, daß die Entlohnung bzw. Aufbesserung der Löhne der Korrektoren nach der Einführung des neuen Tarifs nicht so glatt vonstatten ginge, wie er es sich gewünscht hätte. Während von einigen Berliner Großdruckereien greifbare Resultate vorlagen, die er der Verammlung bekanntgab, waren von der Mehrzahl der Druckereien nur geringe Erfolge zu berichten; in einigen Offizinen mußte das Tarifschiedsgericht in Anspruch genommen werden. Dann folgten weitere Ausführungen über die Einführung des neuen Tarifs für unsere Sparte in der Provinz. Beim dritten Punkte: „Jahresbericht“, wies der Vorsitzende auf den gedruckten vorliegenden Bericht hin und teilte mit, daß das Gesamtunternehmen einbeinae verkündet sei, daß aber noch einige Kollegen den Sonderbeitrag noch nicht beabsichtigt hätten. Zum vierten Punkte: „Kassensbericht“, gab Kollege Weich an Hand des ebenfalls gedruckt vorliegenden Berichts die nötige Aufklärung, bedauerte dabei aber die Befastigung der Kasse durch die Anschaffung der Niederdruckrollen zum dritten Korrektorentage (200 Exemplare), wovon erst 85 Exemplare (etwa 100 Mk.) verkauft seien, so daß der Verein wahrscheinlich ein Defizit von 200 Mk. tragen müsse. Hierauf erfolgte die Entlastung des Kassensführers. Punkt 5: „Neuaufnahmen“, ergab die Wahl des alten Vorstandes. Am 20. März, vormittags 10 Uhr, soll in einem größeren Lokal ein Lichtbildervortrag, veranstaltet vom Bunde für deutsche Schrift, stattfinden. Dielem Vortrage wird sich ein solcher des Kollegen Oberber über „Schriftschreibung“ anschließen, an dem auch die Mitglieder des Brandenburgischen Maschinenlehrevereins teilnehmen werden. Nachdem noch seitens des Kollegen Großmann auf die unhaltbaren Zustände bei der Arbeitsvermittlung an unsere beabsichtigungslosen Kollegen aus dem paritätischen Nachweise hingewiesen worden und um Abhilfe der Mängel durch Aufstellung einer eignen Nummernreihe erlucht worden war, gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am Sonntag, dem 13. März, abends 7 Uhr, stattfinden

Berlin. (Rotationsabteilung. — Vierteljahrsbericht.) Eine außerordentliche Versammlung am 31. Oktober, die sich mit den Beratungen des neuen Tarifs befaßte, konnte ihren Zweck nicht erfüllen, da die Arbeiten des Tarifausschusses bis dahin negativ verlaufen waren. Es wurden daher nur rein örtliche Angelegenheiten zur Erledigung gebracht. — Der Monatsversammlung am 17. November konnte wiederum nur durch den Vorsitzenden auf ein Stimmungsbild von den Stammkonferenzen mit den Druckereipersonen gegeben werden, da die Verhandlungen des Tarifausschusses noch nicht abgeschlossen waren. Anschließend an diese Versammlung vereinigte sich auf beider Unterhaltungsabend die Mitglieder mit Familien mehrere Stunden bei Humor und Tanz. — Die Dezemberversammlung fiel aus und dafür fand eine außerordentliche Versammlung mit reichhaltiger Tagesordnung statt. Der Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr konnte ein weiteres Steigen der Mitgliederzahl konstataieren. Mit 317 Mitgliedern können wir so ziemlich alle an Rotationsmaschinen arbeitende Kollegen zu unsern Mitgliedern zählen. Die Wahl der Obleute ergab Wiederwahl gegen wenige Stimmen. Sodann hielt Kollege Croß einen Vortrag über: „Die neuen Druckereistimmungen für Rotationsmaschinen“. Da der vorgedruckten Zeit wegen eine ausgedehnte Diskussion nicht stattfinden konnte, wurde vom Vorstände die baldige Einberufung einer Vertrauensmännerversammlung vorgeschlagen. Sie fand am 19. Januar statt und war sehr gut besucht. Der Tenor der Versammlung klang dahin aus, daß es den Vertrauensleuten nicht leicht fällt, reibungslos das für uns Vorteilhafteste aus dem Tarif herauszuholen, da zwischen uns und den Hilfsarbeitern verschiedene Auffassungen über die Auslegung der Übergangsbestimmungen bestehen. Um eine genaue Interpretation darüber, was unter bodenständigem Hilfspersonal zu verstehen ist, zu erlangen, soll auf eine möglichst schnelle Einberufung einer Sitzung der beteiligten Organisationen gedrungen werden. Außerdem lag den Vertrauensleuten ein Vorschlag des Vorstandes, Nachkurie für Rotationsmaschinenmeister einzurichten, zur Aussprache vor. Die Notwendigkeit dafür legte Kollege Erbs in einem Referat dar. Der Vorschlag wurde gutgeheißen.

Altenburg-Herborn. Ihre Generalversammlung am 26. Januar fand im Zeichen guten Werts und nahm einen glatten Verlauf. Nach Entgegennahme des Jahres- wie auch des Kassensberichts wurde letzterer als richtig anerkannt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl unseres Ortsvereins beträgt nunmehr 25, denen noch drei Nichtmitglieder gegenüberstehen. Der wichtigste Punkt: „Neuwahl des Vorstandes“, erbrachte die Wiederwahl desselben, so daß unser bewährter erster Vorsitzender, so wie Heinrich Schuler, und unser unerwählter Kassierer, Kollege Karl Giesler, auch fernerhin im Amte verbleiben. Der Schriftführerpolen fand Neubesetzung. Unter „Verschiedenem“ zeigte das Thema: „Wirtschaftsbeihilfe und ihre örtlichen Begleiterscheinungen“, eine lebhaft und ergiebige Aussprache, die ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschädigung fand, worin die Notwendigkeit zum Ausdruck kam, daß Altenburg-Herborn unbedingt in eine höhere Lokalaufschlagklasse einrangiert wird.